



Weltfinanzkrise – Weltwirtschaftskrise Thesen von Gerd Elvers ver.di Mittelfranken

1. Fortsetzung Abschwung trotz öffentlicher Gegenmaßnahmen

Der Absturz der realen Wirtschaft, ausgelöst durch die weltweite Finanzkrise, setzt sich trotz aller staatlichen und internationalen Gegenmaßnahmen ungebremst weiter fort. Der Börsenwert Dax ist 2008 um die Hälfte auf 4000 gefallen. Gut möglich, dass er 2009 weiter bis auf 1000 abstürzt. In den Chefetagen der Wirtschaft macht sich Untergangsstimmung breit, schreibt die SZ (21.Nov.2008). Rückgang der deutschen Exporte: minus 20 Prozent; Dezember 2008 hat die Krise den Arbeitsmarkt erfasst. Die Ökonomie der USA stürzt ab. Deren Sozial- und Krankenversicherung ist nicht mehr bezahlbar. Die Verelendung hat 50 Millionen Amerikaner erfasst, die nur über Suppenküchen am Leben erhalten werden können. Die volkswirtschaftlichen Kreisläufe sowie der internationale Handel drohen zu kollabieren. Wie bei einem Herzinfarkt kommt es auf wirksame Hilfen zur Wiederbelebung der Kreisläufe sofort an.

2. Zusammenbruch des volkswirtschaftlichen Kreislaufes

Anfang 2009 verschärft sich die verhängnisvolle Rückkopplungsschleife zwischen Finanzkrise – Krise der realen Wirtschaft, weil die Rezession die Finanzkrise weiter vertieft, was sich wieder auf die Realwirtschaft negativ auswirkt. So ist die wachsende Kreditklemme 2009 eine Folge der Rezession und nicht nur mehr eine ihrer Ursachen wie im Jahr 2008. Die Kreditversorgung der Wirtschaft durch die Banken trocknet weiter aus, der Finanzaustausch zwischen den Banken liegt weiter darnieder, die Kreditversicherung wird immer restriktiver behandelt. Der weitere Verfall der Börsenwerte, die als Sicherung für Kredite hinterlegt worden sind, lässt Kredite weiter platzen. Zur Kredit- kommt die Kapitalnot. Die Emissionen zur Versorgung der Wirtschaft mit frischem Geld über den Kapitalmarkt liegt darnieder, usw.

Die bisher ergriffenen staatlichen Gegenmaßnahmen, die öffentliches Geld in den privaten Banken -und industriellen Sektor transferieren (öffentliche Darlehen, öffentliche Bürgschaften, Teilverstaatlichungen) weisen zwar in die richtige Richtung, sind aber in der Wirkung zu gering dosiert, um den weiteren Absturz zu stoppen und zudem zu widersprüchlich wie das Ergebnis des Streits in der Koalition um ein zweites Konjunkturprogramm beweist.

3. Die Weltkrise kann lange dauern

Es ist keine systemgemäße built-in-stability (in die kapitalistische Marktwirtschaftsordnung eingebautes

Auffangnetz) in Deutschland und weltweit erkennbar, ab welchem Niveau (bottom) der Abschwung aus der kapitalistischen Wirtschaftslogik heraus sich selbst auffängt. Im Gegenteil. Die pessimistischen Visionen gewinnen an Gewicht. Obama: zweistellige Arbeitslosigkeit in den USA 2009; Deutschland: Massenarbeitslosigkeit 2009: 4 - 5 Millionen? Finanzierung der Gesundheitsreform am Ende? usw. Eine profitvernichtende zerstörerische Deflation droht, ganze exportorientierte Industriezweige wie der Automobil-, der Pharma- der Chemieindustrie droht das Aus.

Eine historische Betrachtung des großen Crashes ab 1929 lässt erkennen, dass kurzzeitige Bullenoptimisten mit langfristigen pessimistischen Bärenrallys an den Börsen sich abwechselten und erst der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg 1941 die Baisse von 1929 beendete. Der Zweckoptimismus von Politikern, dass die Krise in einigen Monaten beendet und der Staat sein eingesetztes Geld rasch zurück bekommt, ist auf Sand gebaut.

4. Totalversagen des Neoliberalismus - Keynesianische Konzepte nur begrenzt wirksam

Über das Versagen des bisherigen neoliberalen Ordnungsmodells erübrigt sich jegliche Diskussion. In den US Think-tanks der Business Schools ist die ideologische Sinnkrise ausgebrochen (Magazin Forbes). Allerdings hält Bundesregierung und Bundesbank mit ihren idiotischen Steuersenkungs- (CDU/FDP/SPD) und Zinssenkungsprogrammen weiter an dem diskreditierten Konzept fest. Die Zinsen tendieren in vielen Volkswirtschaften gegen Null ohne erkennbare Auswirkungen.

Aber auch das keynesianische Modell stößt an seine Schranken, obwohl fast alle Länder in ihrer praktischen Politik - oft jenseits von alten Ideologien aber mit unterschiedlichen Einzelmaßnahmen - nach staatlichen Infrastrukturmaßnahmen, staatlicher Beteiligung an Unternehmen, Bürgschaften usw., finanziert über Geldschöpfung durch Inkaufnahme weiterer Staatsverschuldung greifen.

5. Grenzen des staatsorientierten keynesianischen Modells

Für die Grenzen des staatsorientierten keynesianischen Modells gibt es verschiedene Erklärungsgründe: die Verschuldungsraten des Staates zur Finanzierung der entstandenen Lücken durch die abstürzende Privatwirtschaft stoßen an die Grenzen der staatlichen Potentiale. Politisch vorgegebene Restriktionen, wie die 3 Prozent Maastricht Kriterien begrenzen die Ausgaben des Staates. Aber selbst bei einem politischen Willen wie ihn jetzt - verspätet - die amerikanische Notenbank aufweist, indem sie direkt notleidende Kredite der Banken aufkauft, oder Obama mit einem riesigen Konjunkturprogramm von 1,2 Billionen Dollar eingreift, stößt der Staat an Grenzen, um die neuen Ausgabenlöcher, die immer wieder zusätzlich im Finanzsektor und der realen Wirtschaft entstehen, abzudecken. Rein kreislaufanalytisch gedacht, stünde einer international koordinierten staatlichen Geldschöpfung (um Verzerrungen über unterschiedliche Wechselkurse, Kapitalzu- oder -abflüsse,

unterschiedliche Zinsentwicklungen, Inflationsraten auszuschließen) nichts im Wege. Es gibt aber keine Garantie, dass die gigantische neue Defizitverschuldung sich nicht zusätzlich negativ auf die Kapitalmärkte auswirkt und die Finanzkrise verstärkt. Das Wahlversprechen von Obama, zur Finanzierung höhere Einkommensschichten heran zu ziehen, hat sich jetzt schon als Märchen entlarvt. Politische Hemmnisse sind je nach unterschiedlichen nationalen Befindlichkeiten und Traditionen (Japan 177 Prozent Verschuldung des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, USA 82 Prozent, Deutschland 66 Prozent) vorhanden.

6. Ordnungspolitische Reformvorschläge greifen zu kurz

Die Vorschläge für einen reformierten Ordnungsrahmen wie ihn stellvertretend auch für ver.di Dierk Hirschel DGB-Bundesvorstand macht, wie gegen ein Schattenbankensystem, unreguliertes Verbriefungsgeschäfte, Steueroasen, rechtsfreie Räume für Heuschrecken vorgegangen werden soll, sind inzwischen zwar politisches Allgemeingut geworden, brauchen aber Zeit zur politischen Umsetzung und geben vor allem keine Antwort, wie der ökonomische Kreislauf der Wirtschaft **sofort** wieder zum Laufen gebracht werden kann. Auch seine weiteren Vorschläge wie ein TÜV für Finanzmarktprodukte, striktere Eigenkapitalanforderungen, Haftungsverbund für europäische Privatbanken, Verbot für Aktienoptionen, Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und Finanztransaktionen sind gut gemeint, sind aber nicht geeignet, den darniederliegenden Kreislauf in der Wirtschaft möglichst rasch wieder zum Leben zu erwecken.

7. Brechung der einzelwirtschaftlichen durch die volkswirtschaftliche Logik in den Unternehmensentscheidungen

Neoliberalismus diskreditiert - Keynesianismus nur begrenzt wirksam - zumindest wir Gewerkschaften brauchen Modelle, die den Kern der Krise anpacken. In den Zeiten des weltweiten Abschwungs führt die betrieblich-gewinnorientierte Logik zu Entscheidungen, die gesamtwirtschaftlich den Trend nach unten weiter antreibt: Austrocknung der Finanzmärkte - Wegbrechen der Investitionen - Kreditblockaden - sinkende Renditen - sinkender Konsum - binnenwirtschaftlicher Nachfrageausfall aufgrund wachsende Arbeitslosigkeit - Wegbrechen der Märkte - Verfall des Welthandels. Die unternehmerischen Entscheidungszentren brauchen daher eine Orientierung und Anbindung an die volkswirtschaftliche Logik, die den Motor des Abschwungs an der zentralen Stelle bremst: durch Mobilisierung von privaten nachhaltigen Investitionen.

8. Volkswirtschaftliche Rahmenorientierung

Das Ifo-Institut hat in den 70er Jahren unter ihrem Leiter Oppenländer für die Bundesrepublik ein dynamisches volkswirtschaftliche Rahmensystem erstellt, gefüttert mit den statischen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes, das eine Abbildung der wichtigsten

volkswirtschaftlichen Parameter wie Nationalprodukt - Investitionen, Konsum, Sparquote, Kapitalkosten, Beschäftigungsquote, Aussenbeitrag, Produktivität, Einkommensverteilung, darstellt. Von einem dynamischen Modell spricht man, wenn die Verflechtungen untereinander nachgestellt werden, an den wichtigsten Scharnieren plausible Funktionsgleichungen Veränderungen darstellen und so bei Veränderung eines Parameters die Auswirkungen auf die anderen Parameter nachvollzogen werden können. So gewonnene Prognosen können dann an der Realität nachjustiert werden, so dass das Modell sich immer mehr der Realität annähert. Daraus ergab sich - was das keynesianische Theoriemodell ebenfalls impliziert - dass in einer kapitalistischen Marktwirtschaft die privaten Investoren über Hausse oder Baisse des Volkseinkommens bestimmen und damit letztlich auch über die Sicherheit der Arbeitsplätze. Angesichts der heutigen gesellschaftlichen Positionen zugunsten von Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Energiesparen, Humaninvestitionen, Recht auf Arbeit muss die Begrifflichkeit von damals um diese heute vielerorts anerkannte Werte erweitert werden.

9. Nachhaltige Investitionen - gesamtwirtschaftlicher Ordnungsrahmen - Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien - Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung - Beschäftigungssicherung

In der ersten Wirtschaftskrise Westdeutschlands wurde beim DGB-Bundesvorstand ein ökonomisches und zugleich gesellschaftspolitisches Modell entwickelt, wie der damaligen - im Vergleich zu heute - noch harmlosen Krise durch Investitionsverweigerung der Privatwirtschaft mit Mitteln zu beantworten sei, die die Arbeitsplätze sichern sollten. Es sind im wesentlichen folgende Kernpunkte: Orientierung der privaten Investitionen an den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten (damals Investitionslenkung genannt, heute nachhaltiges Wirtschaften), Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, Ausweitung der Mitbestimmung. Zusätzlich ist das klassische keynesianische Instrumentarium einzusetzen. Der Marktmechanismus bleibt prinzipiell unberührt.

10. Vergesellschaftung (Art. 14 GG) ist mehr als Teilverstaatlichung

Verblüffend ist, wie schnell die bürgerliche Klasse geheiligste Kühe schlachtet wie bei der Teilverstaatlichung der Commerzbank. Wenn allerdings dessen Vorsitzender Martin Blessing sofort erklärt, die staatliche Beteiligung werde nicht die Kreditvergabe (Finanzinvestitionen) verändern, weil diese vor Ort in den Filialen entschieden wird, zeigen sich die Grenzen dieser Art der Verstaatlichung. Die restriktiven einzelbetrieblichen Rentabilitätsgesetze sollen weiter gelten. Vergesellschaftung bedeutet demgegenüber, dass die Entscheidungsträger, z.B. die Kreditgeber, sich an Kriterien zu orientieren haben, wie gemäß des volkswirtschaftlichen

Gesamtrahmens die Krise bewältigt werden kann. Das Ziel Überwindung der Krise hat Vorrang vor allen anderen bisher geltenden Kriterien. Das liegt auch im Interesse des einzelnen Unternehmens. Denn nichts sichert die Existenz einer Bank und ihrer Geschäfte besser als eine Überwindung der Krise durch Orientierung an gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten. Wenn gleichförmig die wichtigsten Marktteilnehmer diesem volkswirtschaftlichen Kriterium unterworfen werden, kann sich auch niemand ein betriebswirtschaftlichen Konkurrenzvorteil erhoffen.

Kein Artikel des Grundgesetzes liegt so brach, fern jeglicher Kommentierung wie der Artikel 14, wie Prantl, Chefkommentator der SZ feststellte. Da er den Grundsatz: Eigentum verpflichtet mit Verstaatlichung verbindet, ist anzunehmen, dass eine Übernahme von Unternehmen nach Art 14 die öffentliche Hand auch billiger kommt, als die derzeitige Teilverstaatlichung heute.

11. Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung

Ein wichtiger Bestandteil der Vergesellschaftung ist die Brechung der bisherigen Machtdominanz der Kapitalvertreter in den Unternehmen - sei es der Finanzwirtschaft oder Realwirtschaft - als Vertreter des Turbo-Shareholder-Kapitalismus, der im Kern verantwortlich für die Krise zu machen ist. Schon bei Teilverstaatlichung von Unternehmen ergäbe sich rechnerisch eine Mehrheit von öffentlichen und Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten. Dass damit noch nicht viel gewonnen ist, zeigt das Beispiel der Großzocker der Landesbanken, die formal sich in öffentlicher Hand befinden, oder die klägliche Rolle von vielen Arbeitnehmervertretern in den Personalausschüssen von Aufsichtsräten, die früher den horrenden Prämien der Vorstände zustimmten.

Es bedarf daher auch bei Arbeitnehmervertretern und den Repräsentanten der öffentlichen Hand eine Anbindung an die volkswirtschaftliche Logik, die sich aus dem gesamtwirtschaftlichen Ordnungsrahmen im Sinn einer Beschäftigungssicherung ergibt. Dies wäre eine zentrale Aufgabe zukünftiger Gewerkschaftsarbeit.

12. 2009 - das Jahr der Mobilisierung privater nachhaltiger Investitionen für die Sicherung von Millionen Arbeitsplätzen

Was hier vorgeschlagen wird, ist keine Planwirtschaft. Weder wird der Markt abgeschafft, noch soll den Unternehmen ihre Entscheidungsverantwortung genommen werden, noch eine angeblich verfassungswidrige Veränderung des Grundgesetzes angesteuert werden. Im Gegenteil: durch die Vitalisierung des Artikels 14 und mehr Mitbestimmung soll dem Gebot nach Sozialstaatlichkeit durch das Grundgesetz mehr Wirklichkeit gegeben werden. Dem an seine finanzielle Grenzen stoßende Staat sollen zusätzliche Möglichkeiten zur Krisenbekämpfung an die Seite gestellt werden, die er allein auf seine Finanzierungsmöglichkeiten gestellt, nicht mehr bewältigen kann. Wenn gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte in den Kern einzelbetrieblicher Entscheidungen gepflanzt werden, könnten

die Unternehmen eventuell vor ihren eigenen selbst zerstörerischen Entscheidungen geschützt werden. Das wäre das erste Angebot an die Kapitalseite. Schlägt sie diese in ihrer gewöhnlichen Borniertheit allerdings aus, und rauscht die Wirtschaft wie die Titanik weiter in die Tiefe, eröffneten sich gesellschaftspolitische Alternativen, die heute noch undenkbar erscheinen.

Das Jahr 2009 sollte das Jahr der Krisenbekämpfung zur Sicherung der Arbeitsplätze sein. Gelänge es, einen großen Teil der noch in sonnigen Zeiten aufgestellten Investitionspläne in den Unternehmen tatsächlich zu realisieren, wobei der Bankenapparat mitspielen muss, wäre der wichtigste nationale Beitrag Deutschlands zur Bekämpfung der globalen Krise geleistet. 100 Euro Neu-Investitionen lösen Multiplikatorwirkungen aus, die das Volkseinkommen bis auf 300 Euro zusätzlich steigern könnten. Hochgerechnet könnte bis zu eine Billion zusätzlicher effektiver Nachfrage geschaffen werden und eine Million Arbeitsplätze sichern. Weitaus mehr als mit allen staatlichen Auftragsprogrammen. Dieses Konzept ist vorerst auf die Binnenwirtschaft begrenzt. Der Exportwirtschaft, deren Märkte wegbrechen, müssen parallele Anstrengungen auf internationaler Ebene helfen.

13. Gewerkschaften - Wahlen - Krise

Die IG Metall hat ihre eigene flexible Tarifpolitik missverstanden, wenn ihr Vorsitzender signalisierte, dass die Gewerkschaft bereit sein könnte, angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschlossene Abschlüsse zu verschieben. Damit hat sie einen bisherigen Kernpunkt gewerkschaftlicher Argumentation verlassen, dass gute Tarifabschlüsse über mehr Kaufkraft der Konjunktur helfen könnten. Sie hat auch ver.di keinen Gefallen getan, die eine Tarifforderung von plus 8 Prozent für die Landesbediensteten aufgestellt haben und 8,5 bei Telekom.

Aber auch ver.di zeigt sich nicht unbedingt auf der Höhe der Zeit, wenn der Chef der Finanzdienstleistungen Uwe Foullong pauschal eine Arbeitsplatzgarantie für alle Banker fordert und für die Commerzbank speziell, deren Fusion mit der Dresdner aber zugleich grundsätzlich befürwortet. Auch wenn man Gewerkschaftern nicht das Recht auf populäre Forderungen verwehren darf, sollte man zumindest in seinen Positionen widerspruchsfrei bleiben.

Solche zu kurz geratenen Rezepte haben ihren Grund darin, dass es an einem überzeugenden gewerkschaftlichen Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Krise fehlt. Diese kann von der Wirtschaftslogik her nur durch eine Verbindung von einzelwirtschaftlichen Entscheidungen mit gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten geschehen, wie es hier versucht worden ist. Wer als Arbeitnehmer um seinen sicheren Arbeitsplatz kämpft, sollte daher aufmerksam beobachten, wie seine Vertreter im Wirtschaftsausschuss oder im Aufsichtsrat im gesamtwirtschaftlichen Interesse über Leitlinien zur

Kreditvergabe oder Investitionsplanungen abstimmen. An diesen Orten entscheidet sich – mehr als an anderen – wie sicher in Zukunft deutsche Arbeitsplätze sind.

Hier tut sich ein großes zukünftiges Feld für gewerkschaftliche Überzeugungsarbeit bei den eigenen Mitgliedern auf. Ver.di teilweise und IG Metall in breiter Front springen zu kurz, wenn sie die gesamtwirtschaftliche Dimension der Krisenbewältigung vernachlässigen.

Es braucht sehr schnell und möglichst breit eine innergewerkschaftliche Diskussion über den gewerkschaftlichen Beitrag zur Krisenbewältigung. Dieser sollte in den Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 einfließen.

Gerd Elvers, Ursula Lischke, Fürth, den 15. Januar 2009